

## Stiftung kritisiert Willkür und Machtfülle der Staatsanwälte

SAP-Gründer Dietmar Hopp stellt 2,5 Millionen Euro zur Verfügung, um umstrittene Verfahren prüfen zu können

MANNHEIM. Vor zwei Jahren ist der SAP-Mitgründer Dietmar Hopp ins Visier von Staatsanwälten geraten. Das Verfahren wurde zu seinen Gunsten beendet. Doch es wirkt nach: mit einer eigenen Stiftung will Hopp künftig Ermittlungen kritisch begleiten.

Von Johanna Eberhardt

Mit bis zu 2,5 Millionen Euro wird der Unternehmer Dietmar Hopp die neue Stiftung mit Namen Pro Justitia ausstatten. Ihr Ziel sei es, "strukturelle Mängel und Missstände in Ermittlungsverfahren bis hin zu Willkür im deutschen Strafrecht aufzudecken", sagte ihr Vorstand, der Heidelberger Rechtsanwalt Alexander Keller, bei der Vorstellung des Projekts in Mannheim.

Man wolle Problemfälle wissenschaftlich untersuchen und die Ergebnisse veröffentlichen. Stiftungszweck sei die Förderung der rechtswissenschaftlichen Forschung, insbesondere im Hinblick auf die Praxis der deutschen Strafrecht. Ein weiteres Ziel sei es, Reformen zur Verbesserung des Grundrechtsschutzes in Verfahren voranzutreiben. Ein besonderes Augenmerk gelte den Verletzungen verfassungsmäßiger Grundrechte von Beschuldigten. Diese seien heute "in einer beachtlichen Anzahl von Fällen an der Tagesordnung", erklärte Keller. Problematisch sei aus Sicht der Stiftung oft bereits die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, die häufig aus eigener Machtvollkommenheit von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten erfolge.

Die richterliche Überprüfung von Maßnahmen werde, etwa bei Durchsuchungsbeschlüssen, rasch zur Farce, weil die Richter ihre Kontrollpflicht

nicht wahrnehmen oder ihr wegen Überlastung nur schwer nachkommen könnten. Zudem wendeten Staatsanwälte immer rabiatere Methoden an, um Geständnisse zu erhalten. So würden Beschuldigten und deren Verteidigern mit Untersuchungshaft oder hohen Strafen gedroht, wobei die Justiz zunehmend versuche, ihre Machtfülle auszuspielen. Das erste Forschungsprojekt der Stiftung geht Keller zufolge an das Institut für Rechtstatsachenforschung der Universität Bielefeld und seinen Leiter Professor Otto Backes. Er hat vor kurzem eine Untersuchung veröffentlicht, die ergeben hat, dass von 350 Telefonüberwachungen in Bremen und Nordrhein-Westfalen nur ein Drittel korrekt angeordnet und von Richtern ausreichend geprüft worden war. Im Auftrag der Stiftung Pro Justitia soll er nun Akten abgeschlossener Wirtschaftsstrafverfahren kritisch durchleuchten.

Von Strafverteidigern wisse man, dass es hier bei bestimmten Staatsanwaltschaften immer wieder Probleme gebe, erklärte Backes. Er wolle die eklatantesten Fälle sammeln, um nach strukturellen Fehlern zu fahnden. Es sei ein unglaublicher Anachronismus, dass es bisher keine Möglichkeit gebe, Ermittlungen der Staatsanwaltschaften während laufender Verfahren zu überprüfen. Darüber hinaus werde die Stiftung kritische Einzelfälle aus anderen Rechtsgebieten genauer untersuchen, erklärte Keller.

Allerdings könne und wolle die Stiftung sich weder um einzelne Betroffene kümmern noch die Rolle der Verteidigung übernehmen.

"Wir sind keine Hilfsorganisation", sagte Dietmar Hopp. Die Stiftung habe vielmehr präventiven Charakter, sie wolle Richter und Staatsanwälte in ihrer Arbeit sensibilisieren und öffentlich machen, dass die Justiz nicht nur, wie bei ihm, "in Einzelfällen zu völlig ungerechtfertigten Übergriffen neigt", sondern häufig gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel verstoßen werde.

Für sein Anliegen hat Hopp prominente Mitsstreiter gewonnen: Im Stiftungsrat von Pro Justitia sitzen drei Rechtsanwälte, darunter der Frankfurter Eberhard Kempf, der zuletzt als Verteidiger des Deutschen-Bank-Chefs Ackermann in Erscheinung getreten ist. Mitglieder des Beirats sind Exjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der frühere Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Gottfried Mahrenholz und Heribert Prantl von der "Süddeutschen Zeitung".